



Vierteljähriger Wochenspiegel in Breslau 2 Thlr. außerhalb inkl.
Post 2 Thlr. 15 Sgr. — Abonnementssatz für den Raum einer
sechsteljährigen Zeitschrift 2 Sgr.

Nr. 542. Mittag-Ausgabe.

Vierundfünftiger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Deutschland.

Berlin, 18. November. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem praktischen Arzt Dr. Baschwitz zu Driesen den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen, sowie den Gerichtsassessor a. D. Bonstedt zu Posen, der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Elberfeld getroffenen Wahl gemäß, als bejedolten Beigeordneten der Stadt Elberfeld für die geistliche zwölfjährige Amtszeit, und den Stadtverordneten-Borsteher, Druckereibesitzer Büngel, in Folge der von der wahlberechtigten Bürgerschaft zu Wandsbeck getroffenen Wahl als unbefoldeten Beigeordneten der Stadt Wandsbeck für die geistliche Dauer seiner Amtsperiode bestätigt.

Der Ober-Poßtaffir Riechers in Oppeln ist zum Kaiserlichen Ober-Poßtaffir-Rendanten ernannt worden. — Dem Lehrer Metger am Gymnasium zu Lübeck ist das Prädikat Oberlehrer verliehen worden. — Den Eugen und Ferdinand von Oppen zu Maagdrecht ist die Erlaubnis zur Aufnahme genereller Vorarbeiten für eine Eisenbahn von Koselitz über Heeren, Sitard, Maastricht und Weert nach Eindhoven bezüglich des diesseitigen Staatsgebietes ertheilt worden. — Der Rechtsanwalt und Notar Ellerbeck zu Werne ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Hamm mit Antritt seines Wohnsitzes in Unna versetzt worden.

Berlin, 18. November. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfing heute den Besuch Ihrer königl. Hoheit der Großherzogin Alexandrine von Mecklenburg-Schwerin und erledigte Regierungsgeschäfte. (Reichsanzeiger)

○ Berlin, 18. November. [Die Verfassung der Gerichte.

— Die Provinzialordnung.] Dem Bundesrat ist der Entwurf des seit lange erwarteten und in Aussicht gestellten Gesetzes über die Verfassung der Gerichte im deutschen Reich für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen zugegangen, desgleichen der Entwurf eines dazu gehörigen Einführungsgesetzes. Beide Entwürfe sind dem Bundesrat mit dem Antrage vorgelegt worden, über das für die Prüfung und Feststellung der Entwürfe einzuhaltende weitere Verfahren beschließen zu wollen. Eingehende Motivierung sind den Gesetzen beigelegt worden. Die Begründung des Verfassungsgesetzes enthält folgende einleitende Bemerkungen: „Die Verfassung des deutschen Reichs hat im Artikel 4 Nr. 13 die gemeinsame Gesetzgebung über das gerichtliche Verfahren für Sache des Reichs erklärt. — Wenn gegenwärtig an die Erledigung der hierdurch der Reichsgesetzgebung gestellte Aufgabe herangegangen wird, wenn die Forderung einer gemeinsamen Gesetzgebung über das Verfahren durch Erlass einer deutschen Civil- und Strafprozeßordnung erfüllt werden soll, so kann dies nicht geschehen, ohne daß gleichzeitig die Errichtung der Gerichte, welche im deutschen Reich die neuen Prozeßordnungen handhaben sollen, einer gemeinsamen gesetzlichen Regelung unterworfen wird. Die Verfassung der deutschen Gerichte muß sich anschließen an die Bestimmungen, welche das Verfahren ordnen und die Ordnung des Verfahrens setzt eine bestimmte gleichmäßige und zum Theil gemeinsame Verfassung der Gerichte voraus.“ — Die vertraulichen Berathungen, welche über den Entwurf der Provinzialordnung im Ministerium des Innern am Montage begonnen worden sind, sollen in einer weiteren Sitzung am Mittwoch fortgesetzt werden. Es scheint sich unter allen Beteiligten die Ansicht zu bestätigen, daß diese Berathungen zu einem Ausgleich der Meinungen über die wichtigsten Fragen wesentlich beitragen und daher im Grunde nicht zu einer verzögerten, sondern beschleunigten Erledigung der Vorlage im Landtag führen werde.

[Se. Majestät dem Kaiser und König] sind aus Anlaß der Antwort an Se. Heiligkeit den Papst weitere Dank- und Zustimmungs-Akkorde zugegangen: von 467 Bürgern der Stadt Siegen, von 389 Bürgern der Stadt Ruhrtort, von 338 Urwählern des Wahlkreises Kempen-Geldern, von 266 Einwohnern der Stadt Hameln, von 119 Wahlmännern des XX. Wahlbezirks der Provinz Hannover (Göttingen), von 36 Einwohnern des Amtes Calenberg, von 591 Einwohnern von Langensalza und Umgegend, von dem Magistrat und den Stadtverordneten zu Naumburg a. S., von dem Vorstande der altkatholischen Einwohner zu Durlach und von dem Gemeinderath und einer Alt-katholikenveranstaltung zu Pforzheim.

Posen, 18. November. [Verurtheilungen des Erzbischofs Grafen Ledochowski.] Vor der Criminaldeputation des hiesigen Kreisgerichts stand heute wiederum in vier Anklagesachen wider den Erzbischof Ledochowski Termin an. Es handelt sich um die gesetzwidrigen Anstellungen des Geistlichen Nawrocki als Vicar in Gerekwice, des Geistlichen Klonowksi als Vicar in Alt-Gostyn, des Geistlichen Gasowiecki als Vicar in Neustadt bei Pinne und des Geistlichen Drews als Vicar in Nakel. In allen vier Fällen ist eine Benachrichtigung des Oberpräsidenten von der beabsichtigten Anstellung dieser Geistlichen nicht erfolgt. Zugleich haben Lebtere, welche vor Erlass der Kirchengesetze sämtlich noch nicht als Geistliche fungirt hatten, ihre Vorbildung als Geistliche lediglich aus den vom Staate gegenwärtig nicht mehr anerkannten Seminarien zu Posen und Gnesen erhalten und eine Staatsprüfung nicht bestanden. Die Vorschriften des Gesetzes über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen sind also in allen Fällen in doppelter Beziehung verlegt worden. Auf Grund dessen wurde der im Termine nicht erschienene Erzbischof in contumaciam zu einer Geldstrafe von 2000 Thalern event. 1 Jahr 1 Monat Gefängnis verurtheilt, während Seitens der Staatsanwaltschaft das höchste Strafmaß von 4000 Thlr. Geldstrafe event. 2 Jahren Gefängnis beantragt worden war. Dagegen nahm der Gerichtshof an, daß in der Anstellung der gedachten Vicare eine gesetzwidrige Errichtung eines neuen Seelsorgeramtes auf Widerruf nicht zu finden sei, da ein Vicariatsamt überhaupt kein selbständiges Seelsorgeramt sei. Drews hat seine Missio canonica zu den Acten eingereicht; es ist dieses der erste Fall, in welchem ein Geistlicher einer weltlichen Behörde ein solches Document vorgelegt hat. — Bemerkt muß noch werden, daß sich sämtliche anwesende Geistlichen fast gar nicht in der deutschen Sprache ausdrücken vermögen.

[Die Versteigerung] der Zimmer in der Belletage des erzbischöflichen Palais, welche wir in unserem heutigen Morgenblatte mit einem Zweifel mitgetheilt haben, hat gestern wirtlich, und zwar aus Verfügung des Gerichtes, stattgefunden. (Ostd. Ztg.)

Stettin, 15. Nov. [Stettiner Kaufmannschaft.] Heute fand eine außerordentliche Generalsammlung der Stettiner Kaufmannschaft statt. Zweck derselben war, über einen seit einem halben Jahre im Schoße des Vorsteheramtes schwelenden Conflict zu entscheiden. Dem Berichte des Obervorsteher's Geb. Commerzienrats Rahm ist folgendes zu entnehmen: Die Veranlassung zu dem Conflict habe Herr Commerzienrat Quistorp gegeben, der mit seinen Ansichten und seiner Handlungswise in direktem Widerstreit zu den Pflichten des von ihm übernommenen Vorsteheramtes stehe: in dieser Beziehung werde über den Thatbestand ein zu verlejendes Protokoll und eine sich daran knüpfende vom Vorsteheramt gefaßte Resolution vollständig Aufführung geben und die erforderliche Klarheit verschaffen; über die Resolution sollte durch geheimer Abstimmung entschieden werden. Der Inhalt des nunmehr verlesenen Protokolls führt aus, daß der Conflict zwischen Herrn Quistorp und dem Vorsteheramt seinen Ursprung in der Angelegenheit

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Mittwoch, den 19. November 1873.

wollen. Noch zwei andere wichtige Angelegenheiten, die beantragte Verkürzung der Beamten und die Frage der Einholung der Zustimmung der Kammer zur Erweiterung der Rechtseinheit im Reiche, als Grundlage der sächsischen Abstimmung im Bundesrathe, gelangen in dieser Woche zur Verhandlung in der zweiten Kammer. Der partiziparistische Abgeordnete Sachse wird, wie es der Klostervoigt von Posern in der ersten Kammer gethan, gegen die Erweiterung der Reichscompetenz stimmen. Eine große Anzahl von Abgeordneten befürchtigt übrigens zu beantragen, den Landtag für incompetent zu erklären. — Dem am 19. Nachmittags abzuholgenden Landes-Trauergottesdienst für den verstorbenen König Johann, werden die beiden Kammer vollzählig in der sogenannten „evangelischen“ Hofkirche bewohnen. — Wie man wissen will, wird die Regierung nun doch ein Nebriges thun und so wie sie dem „Katholischen Kirchenblatt zunächst für Sachsen“ sein ultramontanes Treiben verweisen, ihrem eigenen Organ, der stotsächsischen und heimlich reichsfeindlichen „Königlich Leipziger Zeitung“ das Handwerk dadurch legen, daß sie dem Landtag gegenüber, auf eine andere Stellung derselben hinwirken wird. Ob auf eine Verschmelzung mit dem „Dresdner Journal“, scheint noch ungewiß.

Dresden, 18. Nov. [In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer] stand der Antrag des Abg. Dr. Minckwitz und Geßnossen zur Berathung, „die Anwendung des Paragraphen 92 der Verfassung, nach welchem bei getheilten Curiatstimmen beider Kammer zu der Verwerfung eines Gesetzesvorschlags eine Zweidrittel-Majorität in einer der beiden Kammer erforderlich ist, auf die erste Kammer zu beschränken.“ Der Antrag erhielt eine Mehrheit von 43 gegen 33 Stimmen, welche zur Annahme derselben indessen nicht ausreichend war, da durch denselben eine Verfassungsänderung involviert wird. Der Abgeordnete Haberkorn von der Rechten stellte darauf einen Gegenantrag, den Paragraphen 92 gänzlich aufzuheben und anstatt dessen das Princip des Pairstuhls in die Verfassung aufzunehmen. Der Antrag gelangte mit 64 gegen 4 Stimmen zur Annahme.

Leipzig, 15. November. [Fremde Decorationen.] Vor längerer Zeit verlautete aus militärischen Kreisen, daß für die hiesige Garnison ein Parolebefehl existire, wonach den Offizieren untersagt sei, fremdländische Decorationen außer Dienst anders als in Verbindung mit den ihnen verliehenen sächsischen Ordensauszeichnungen, Medaillen u. s. w. anzulegen. Dieses Verbot bezwecke, wie jedem, der mit der Ordensetiquette etwas vertraut ist, alsbald einleuchtet, das Tragen des Eisernen Kreuzes außer Dienst nach Möglichkeit zu beschränken. Dieses letztere ist befamlich kein deutsches, sondern ein preußisches Ehrenzeichen.

Es wird deshalb in Sachsen, wo man Preußen noch als „Ausland“ betrachtet, correcterweise nach den inländischen Orden und Ehrenzeichen getragen. Daß die Baiern und Würtemberger es aus Courtoisie vor den letzteren anlegen, soll hier nur beiläufig erwähnt werden. Das Eisene Kreuz besitzt nun die Eigenthümlichkeit, daß die zweite Classe derselben zufolge der Erneuerungs-Urkunde vom 19. Juli 1870 im Knopfloch getragen wird, während die sächsischen Decorationen vom Ritterkreuz abwärts auf der linken Brust zu tragen sind. Hieraus ergiebt sich der weitere Unterschied, daß die letzteren nur auf dem Waffenrocke getragen werden können, das Eisene Kreuz aber sowohl mit diesem als auch mit dem Überrocke, der gewöhnlichen Kleidung des Offiziers außer Dienst, angelegt werden kann. Dazu kommt, daß es bei uns äußerst wenige mit dem Eisernen Kreuze Decorirte geben dürste, welche nicht neben demselben eine sächsische Ordensauszeichnung besitzen, da die Verleihungen des Eisernen Kreuzes 2. Klasse an Angehörige des sächsischen Armeecorps nicht vom Könige von Preußen, sondern, vermöge der den Befehlshabern der einzelnen Armeen ertheilten Vollmacht, im Namen des Königs von dem Commandirenden der Maas-Armee, zu welcher jenes Armeecorps gehörte, ausgingen und der Letztere das anerkennenswerthe Princip verfolgte, jeden sächsischen Inhaber des Eisernen Kreuzes womöglich auch zur Verleihung einer inländischen Decoration vorzuschlagen.

Diese Verhältnisse, sowie der fernere Umstand, daß das Tragen des Eisernen Kreuzes im Knopfloch eine Singularität ist, die, soweit bekannt, nur noch beim russischen Georgs-Orden vorkommt, hat man hier am Oste offenbar benutzt, um unter der Firma eines allgemeinen Verbots, fremde Decorationen durch öfteres Tragen vor den einheimischen zu bevorzugen, in Wirklichkeit das Anlegen des Eisernen Kreuzes außer Dienst thunlichst zu verhindern. Daß dazu das Mittel eines (mündlichen) Parolebefehls gewählt wurde, dürfte über den beschränkten Zweck des Verbots kaum einen Zweifel übrig lassen. Ob der Zweck das Mittel lohne, ist eine Frage, welche wir nicht zu beantworten haben.

(Sp. 3.)

Aus Bayern, 16. November. [Justizvorlage.] Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wird der Abgeordnetenkammer in den nächsten Tagen eine Vorlage aus dem Justizministerium zugehen, wo durch der allgemein beklagten Überlastung der Schwurgerichte — eine Folge des Einführungsgesetzes zum Reichsstrafgesetzbuche — abgeholfen wird. Wie man uns mittheilt, soll die Aburtheilung des Diebstahls — und Betrugskreate der Competenz der Schwurgerichte entrückt werden.

(Fr. 3.)

München, 14. Novbr. [Das Cabinetssecretariat.] Vor längerer Zeit berührte das „Fr. J.“ das Thema des Cabinets-Secretariats in Bayern als einer Einrichtung, welche den unmittelbaren Verkehr zwischen König und Ministerium erschwert, einem unverantwortlichen Hofbeamten die einflussreichste Stellung im Staate gewährt und das constitutionelle Leben bei dem zunehmenden Bedürfnis des Monarchen nach Einsamkeit nach und nach untergräbt. Die jüngsten Ereignisse werden zu einer ernsten Mahnung, mit dieser verfassungswidrigen Einrichtung endlich ein Mal reine Bahn zu machen und den Contact zwischen Krone und Regierung wieder herzustellen, oder richtiger gesagt, neu zu schaffen. Die Garmischer Ansprache und die dabei zur Schau getragene Preußen-Feindlichkeit sind Symptome so bedenklicher Natur, daß es Recht und Pflicht der Minister wäre, ähnlichen Aberglaub gebenden Szenen nachdrücklich vorzubeugen. Diese Ansprache und die Rede des Herrn v. Fäusle für den Herz-Bölkischen Antrag lassen sich nicht zusammenreimen. Es besteht ein Zwiespalt zwischen dem König und seinen Räthen, der nur durch Umkehr des Ersteren oder durch Entfernung der Letzteren gehoben werden kann.

König Ludwig II. beabsichtigte, den Landtag in Person zu eröffnen; er selbst hatte bereits eine Thronrede verfaßt. Die Minister vermochten sich aber mit dem Inhalte derselben so wenig zu befrieden, daß

der ganze Act unterblieb, und Prinz Luitpold den Landtag ohne Ansprache eröffnete, obwohl sein königlicher Neffe ausnahmsweise in der Residenzstadt anwesend war.

Karlsruhe, 16. November. [Das Oberhofgericht] in Mannheim hat in seiner gestrigen Verhandlung die von dem Drucker und Herausgeber der (ultramontanen) „Freien Stimme“ in Radolfzell, Herrn Moriell, gegen das Strafurtheil des Schwurgerichtshofes Konstanz (wegen Beleidigung der Altkatoliken) eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde verworfen. Damit ist vom obersten Gerichtshof festgestellt, daß Beleidigungen der Altkatoliken als solcher unter § 166 des Reichsstrafgesetzes (Beleidigung der christlichen Kirche) fallen. Der Nichtigkeitskläger war durch den bekannten Centrums-Protestanten des Reichstags, Dr. Schulz von Heidelberg, vertreten.

Stuttgart, 18. Novbr. [Die Tabaksteuer.] Wie der „Schwäbische Merkur“ erfährt haben will, wäre das Project einer Erhöhung der Tabaksteuer von Seiten der Reichsregierung definitiv aufgegeben, dagegen sollte eine anderweitige Vertheilung der Steuer und zwar nach der Gewichtsmenge des Ertrags, anstatt der bisherigen Besteuerung nach der Größe der bepflanzten Grundfläche vorgeschlagen werden.

♀ Metz, 14. November. [Die Staatswaldungen in Elsaß-Lothringen. — Bau von Blinden- und Taubstumminstituten in Metz. — Thätigkeit des hiesigen ärztlich-pharmaceutischen Vereins. — Errichtung einer Untersuchungsstation.] In Betracht der Staatswaldungen in Elsaß-Lothringen, welche bekanntlich von beträchtlicher Ausdehnung sind, ist eine Bekanntmachung des Oberpräsidiums von Elsaß-Lothringen bemerkenswerth, worin die von der französischen sowohl wie von der deutschen Regierung genehmigten Beschlüsse der in Straßburg niedergelegten Commission veröffentlicht werden. In dem Artikel 5 jener Beschlüsse ist ausgeführt, daß die französische Regierung an die deutsche alle ihre Rechte aus den für Holzversteigerungen aus den Domänenwaldungen in den abgetretenen Gebieten vor dem Kriege ausgestellten Wechsel und abgeschlossenen Adjudicationsverträgen cedit und überträgt, sofern deren Kaufpreis von der französischen Regierung noch nicht einkassirt worden ist. Dieselbe verpflichtet sich der deutschen Regierung die auf diese Forderungen sich beziehenden Titel und Documente, welche sie noch in ihren Händen haben könnte, alsbald zu überliefern. Die verpflichteten Kaufpreise und verfallenen Wechsel hat von jetzt ab ausschließlich die deutsche Verwaltung für eigene Rechnung beizutreiben. Im Anschluß hieran fordert das Oberpräsidium alle Diejenigen, welche noch Gelder aus Holzantläufen vor dem Kriege der Staatsfasse schulden, auf, dieselben unverzüglich der betreffenden Forstkasse zu entrichten. — Nachdem die Regierung bereits den Bau einer Irrenanstalt in Lothringen (bei Saargemünd) veranlaßt hat, beabsichtigt sie nunmehr einem anderen nicht minder dringenden Bedürfnisse abzuhelfen. Es haben sich nämlich die in den Reichsländern bestehenden Taubstummen- und Blindeninstitute, welche sich sämtlich in Händen von Privaten befinden, gegenüber der großen Anzahl der Blinden und Taubstummen als durchaus unzulänglich erwiesen; derartige Staatsanstalten sollen nun in Metz errichtet werden, wo bereits das nötige Terrain erworben ist. — Der seit kaum einem Jahre existirende hiesige ärztlich-pharmaceutische Verein, der auch außerhalb Metz viele Mitglieder zählt, hat in der kurzen Zeit seines Bestehens bereits recht erfreuliche Resultate erzielt. Als Metz vor zwei Jahren wieder deutsch wurde, waren seine tellurischen und atmosphärischen Verhältnisse in sanitärer Beziehung so gut wie gar nicht untersucht und bekannt. Eine medicinische der Volkswohlfahrt abgibt, war nicht oder nur höchst mangelhaft vorhanden; die Ärzte in französischer Zeit hatten sich mehr um die Kranken als um die Gesunden gefümmert. Der oben erwähnte Verein nun hat Statistik, die, wenn sie sorgfältig ausgeführt ist, den besten Gradmesser bereits seine Aufmerksamkeit auf Manches gerichtet, was mit den Anforderungen einer wissenschaftlichen Hygiene nicht im Einklang steht. Nur zweierlei wollen wir hier erwähnen. Im Sommer haben wir unter den schädlichen Eßflüssigkeiten eines stagnirrenden Gewässers (der Seille) zu leiden, und das ganze Jahr hindurch sind wir einem äußerst mangelhaften Abfuhrsystem mit seinen nicht geringeren Widerwärtigkeiten und Schädlichkeiten preisgegeben. In beiden Richtungen steht uns in nächster Zeit gründliche Abhilfe bevor. Noch ein Punkt sei berührt. Die Klagen über schlechte, verdorbene oder gefälschte Nahrungsmittel sind, wie in allen größeren Städten, so auch bei uns an der Tagesordnung, und beinahe täglich nimmt die Polizei Gelegenheit, derartige unbrauchbare und schädliche Verkaufsgegenstände auf den Märkten zu konfiszieren. Der ärztliche Verein hat deshalb beschlossen, eine öffentliche Untersuchungsstation einzurichten, woselbst es jedem gestattet ist, irgendwelche Lebensmittel in Bezug auf ihre Güte und Brauchbarkeit unentgeltlich untersuchen zu lassen. Die Wichtigkeit einer derartigen Station, die in sachverständigen Händen sich befindet, leuchtet von selbst ein, und man ist auch höheren Orten diesem gemeinnützigen Unternehmen auf das Freundlichste entgegengekommen. Die für die Untersuchung nötigsten Instrumente und Geräthschaften (Mikroskop, Waage, Reagentien u. s. w.) sind zum Theil angeschafft, sodaß die Station binnen Kurzem ihre Thätigkeit eröffnen wird.

Deutschland.

Bien, 17. Nov. [Der Adressausschuss des Abgeordnetenhauses] hat seine Arbeit vollendet. Hier von Dr. Herbst verfaßten Adressen entnehmen wir folgenden auf die wirtschaftliche Krise bezüglichen Passus:

Beim Beginne der vorigen Session vermochte das Abgeordnetenhaus seiner freudigen Geneitung Ausdruck zu geben über den wirtschaftlichen Aufschwung, über das rege und emtige Schaffen auf allen Gebieten der Produktion und des Verkehrs in unserem gegeigneten Vaterlande. Seither ist leider ein Rückgang eingetreten, welcher, hervorgerufen durch unmäßige Überpannung des Credits, in Folge der in weite Kreise eingedrungenen und töntlich genährten Speiellust einen Umfang annahm, der weit hinausreicht über den jener Krisen, wie sie wohl sonst im wirtschaftlichen Leben entwickelter Völker von Zeit zu Zeit einzutreten pflegen. Die Folgen dieses Rückslages bedrohen durch die Erhöhung des Vertrauens auch die von der französischen Sucht nach schneller und mühseliger Bereicherung nicht ergriffenen Kreise der produktiven Thätigkeit, welche durch das Zusammenwirken anderer ungünstiger Ereignisse ohnehin schwer betroffen sind. Wir werden die von der Regierung zur Abwendung dieser Gefahr auf Grund des § 14 des Staatsgrundgesetzes getroffenen Verfügungen sorgfältig prüfen und mit gewissenhafter Erwagung aller Verhältnisse jene Maßregeln berathen, welche zur Wahrung der Gebiete der Industrie und des Handels vor den aus dem erschütterten Vertrauen hervorgehenden Gefahren nothwendig erscheinen.

Soll aber der wirtschaftliche Verkehr für die Zukunft auf gesunde Grundlagen zurückgeführt werden, so ist nothwendig, daß die Reform der Aktien- und Börsengegebungen unverzüglich in Angriff genommen werde. Denn es kann nicht geleugnet werden, daß die diesfalls bestehenden geistlichen Beschränkungen nach den gemachten Erfahrungen und gegenüber Verhältnissen und Ereignissen, wie sie in jüngster Zeit zu Tage traten, nicht mehr haltbar sind, daß die Vorrichtungen, welche man durch sie zum Schutz des Publikums treffen wollte, vielmehr zur Schädigung derselben beitragen und daß auf die Wiederkehr des Vertrauens zu Aktienunternehmungen nur dann zu rechnen ist, wenn das Gesetz leichtertig oder eigenmächtig Gebahren mit dem Vermögen der Gesellschaft ebenso wie Täuschungen über den Stand derselben mit voller Schärfe entgegentritt.

Die hohe Wichtigkeit der Nationalbank macht es dringend wünschenswerth, daß die Verhandlungen mit der ungarischen Regierung über die Stellung dieses Institutes baldigst zum Abschluß gebracht werden, damit

die Beratung über die künftige Aufgabe desselben geräume Zeit vor Ablauf des Privilegiums begonnen und dabei darauf Bedacht genommen werden können, daß die so wichtige Herstellung der Valuta angebahnt werde.

Wir dürfen mit Befriedigung darauf hinweisen, daß das Haus der Abgeordneten stets durch den Grundzirkel der Sparsamkeit geleitet wurde und dadurch zur Herstellung der Ordnung im Staatshaushalte und zur Hebung des Staatsredits nach Kräften beigetragen hat. Wir werden an diesem Prinzip in jedem Falle, wo eine neue Belastung des Staatshauses in Aussicht steht, und insbesondere bei der Prüfung des Staatsvoranschlages für das kommende Jahr um so strenger festhalten, als die volkswirtschaftliche Bedrängnis besorgen läßt, daß sich die Staatsentnahmen, wenngleich vorübergehend, verminder werden, und als um die Beiträge verschoben werden, um in ihrem Erwerbe geschädigten Steuerpflichtigen die drückende Steuerlast gegenwärtig schwerer als je getragen wird.

Die letztere Rücksicht macht die alsballdige Vollendung der Steuerreform zum Behufe einer gerechten und gleichmäßigen Vertheilung der Steuerlast geradezu unabwischbar. Das Bedürfnis solcher Reform ist längst allgemein anerkannt, und das Abgeordnetenhaus, welches seinem Bedauern über die hierbei eingetretene Verzögerung wiederholt Ausdruck gegeben hat, muß in pflichtmäßiger Wahrung der von ihm vertretenen hochwichtigen Interessen unverzöglichen seine Überzeugung aussprechen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen jeder weitere Aufschub unabsehbaren Nachtheil nach sich ziehen würde.

Bien, 18. November. [Der Finanzminister] legte in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses nach Einbringung des Budgets pro 1874, das vom Hause beifällig aufgenommen wurde, noch einen Gesetzentwurf betreffs Forterhebung der Steuern und Bestreitung des Staatsaufwandes bis Ende März 1874 vor. Sodann wurde die Generaldebatte über den Abrententwurf auf die Thronrede eröffnet, und nachdem mehrere Redner für und resp. gegen den Entwurf aufgetreten waren, beendigt.

Schweden.

Bern, 14. Novbr. [Im Nationalrat] handelte es sich heute anlässlich der Bundesverfassungs-Revision um eine für einzelne Kantone höchst wichtige materielle Frage, um die sogenannte Öffnungsfrage, d. h. um die Aufhebung der cantonalen Eingangsgebühren für Wein und andere geistige Getränke. Nach langer Debatte, welche für das Ausland ohne Interesse, erhielt der betreffende Artikel 33 schließlich folgende Fassung: „Die Kantone sind befugt, die Eingangsgebühren von Wein und anderen geistigen Getränken unter folgenden Beschränkungen zu erheben: a. bei dem Bezug derselben soll der Transit in keiner Weise belästigt und der Verkehr überhaupt so wenig als möglich gehemmt und mit keinen anderen Gebühren belegt werden; b. werden die für den Verbrauch eingeführten Gegenstände wieder aus dem Canton ausgeführt, so sind die bezahlten Eingangsgebühren ohne weitere Belästigung zurück zu erfordern; c. die Erzeugnisse schweizerischen Ursprungs sind mit niedrigeren Gebühren zu belegen als diejenigen des Auslands; d. die Eingangsgebühren auf Wein und andere geistige Getränke schweizerischen Ursprungs dürfen da, wo solche schon bestehen, nicht erhöht, und in Kantonen, welche noch Wein beziehen, nicht eingeführt werden; e. die Gezeuge und Verordnungen der Kantone über den Bezug der Eingangsgebühren sind der Bundesbehörde vor Vollziehung derselben zur Gutheftung vorzulegen, damit die Nichtbeachtung vorstehender Grundsätze verhindert werden kann. Nach Ablauf einer Frist von 15 Jahren sollen alle Eingangsgebühren, welche dermalen von den Cantonen erhoben werden, so wie ähnlich von einzelnen Gemeinden bezogene Gebühren ohne Entschädigung dahinfallen.“ Gestern wurde noch nach Antrag der Commission Artikel 31 angenommen, welcher lautet: „Die Errichtung von Spielbuden ist untersagt. Die zur Zeit bestehenden Spielhäuser müssen am 31. December 1876 geschlossen werden. Allfällig seit dem Anfange des Jahres 1871 ertheilte oder erneuerte Concessionen werden als ungültig erklärt. Der Bund kann auch in Beziehung auf die Lotterien geeignete Maßnahmen treffen.“ Desgleichen angenommen wurde nach Antrag der Commission Artikel 32: „Der Bund ist befugt, einheitliche Bestimmungen über die Verwendung von Kindern und erwachsenen Personen in Fabriken, so wie die allgemeine Vorschriften zum Schutz der Arbeiter gegen einen die Gesundheit und Sicherheit gefährdenden Gewerbebetrieb aufzustellen. Der Geschäftsbetrieb von Auswanderungs-Agenturen und von Privat-Unternehmungen im Gebiete des Versicherungs-wesens unterliegt der Aufsicht und Gesegebung des Bundes.“

[Der Ständerat] hat sich heute bis zum 4. December vertagt, wo er dann seinerseits die Bundes-Revision vornehmen wird. Sollte der Nationalrat die Revisionsberatung noch früher beendet haben, kann er von seinem Präsidium auch früher wieder einberufen werden.

Großbritannien.

* London, 15. Novbr. [Neue Besetzung von Stellen im Ministerium.] Dem Rufe nach frischem Blute im Ministerium, schreibt man der „R. 3.“, ist endlich in der Berufung des Dr. Lyon Playfair und des Herrn Vernon Harcourt Gerechtigkeit widerfahren. Ersterer wird General-Postmeister an Stelle des ausscheidenden Herrn Monsell, und Letzterer wird den Posten des Solicitor-Generals, der durch James' Förderung zum Attorney-General vacanti geworden, übernehmen. Beide sind noch verhältnismäßig jung für die Minister-Bank; und der ursprüngliche Beruf des einen, des Dr. Playfair, hat mit den Obliegenheiten eines Regierungsmittgliedes wenig Anknüpfungspunkte. Playfair ist nämlich seines Zeichens Chemiker. Indes hat er während seiner parlamentarischen Laufbahn, als Vertreter der Universitäten von Edinburgh und St. Andrew, wiederholt Beweise einer höheren staatsmännischen Bildung gegeben; als Ausstellungs-Commissioner im Jahre 1851 vertrieb er ein ungemeines Organisationstalent, und von welch kräftigem Kaliber seine Beredsamkeit sei, bewies seine Rede bei Gelegenheit der irischen Universitätsbill, die allgemein als tödtlich für den Erfolg der letztern angesehen ward. — Vernon Harcourt's unablässige Angriffe auf das Ministerium sind so bekannt, daß man seine jetzige Erhebung fast als einen ministeriellen Röder auffassen könnte, an dem die Opposition des Mitgliedes für Oxford verstimmt war. Wenn man aus diesen und früheren Veränderungen im Ministerium einen Schlüß auf die zukünftige Politik Gladstone's sich erlauben will — und bei dem vollständigen Mangel aller offiziellen Eröffnungen ist man auf dieses Surrogat angewiesen —, so müßte man darin eine entscheidende Frontwendung gegen die irischen Ultramontanen und eine entscheidendere Stellung in der Unterrichtsfrage sehen. Des nunmehrigen Attorney-Generals parlamentarische Thätigkeit strahlte niemals in hellerem Lichte, denn als er die feige Unterwürfigkeit der irischen National-Unterrichts-Commission gegen die priesterlichen Ansprüche in der O'Keefeschen Sache denuncierte. Und Vernon Harcourt sowohl wie Playfair zogen mit der größten Erbitterung gerade gegen die Stellen in der irischen Universitätsbill los, welche ein Unleben des Ministeriums an die irischen Ultramontanen andeuteten. Den unabhängigen Liberalen, zu denen die beiden Legiteren zählen, wird natürlich ihr Verlust sehr zu Herzen gehen; den Ministern aber dürfte der neue Zuwachs wieder diejenigen ihrer Anhänger verführen, welche ihnen vornehmlich in Folge ihrer irischen Schulpolitik schmollten. Selbstverständlich wird die Vertretung von Oxford und von den Universitäten Edinburgh und St. Andrews nunmehr vacant, und schon hat sich Dr. Playfair bei seiner Wahlversammlung um die Wiederwahl beworben.

[Zum Bombardement von Dmora.] Nachrichten, die mit der neuesten westindischen Post eingetroffen, gestatten einen Einblick in die Ursachen des Streites, welcher zu dem Bombardement von Dmora in Honduras durch die Engländer führte. Der General Streber hielt das Fort gegen Palacios besetzt, welcher dasselbe für den Präsidenten Medina erobern wollte. Um ihn zu überlisten, streute Streber das Gericht aus, sein Untergesetz im Commando, Oberst Kopetski, habe sich empört und halte das Fort besetzt. Letzterer gab nun Palacios zu verstehen, er sei bereit, für 10,000 £. das Fort zu übergeben. Palacios bot 5000 £. und sein Gebot wurde angenommen. Um nun von der Festen Besitz zu ergreifen, ging Palacios mit einer Sturm-Colonne vor. Er fand eine weiße Flagge aufgezogen und landete

seine Mannschaft, die arglos in die Festungswerke eintrat. Kaum waren sie innerhalb der Mauern, so begann ein blutiges Gemetzel, die Überraschten wurden umzingelt und niedergemacht. Diese feige Schandthat war es jedoch noch nicht, welche die „Niobe“ bewog, einzugreifen. Streber ging noch weiter und gab zum Danke seinen Truppen die Stadt Dmora zur Plünderung preis. Bei dieser wurden auch englische Kaufleute beraubt und die englische Flagge beschimpft und nun erfolgte die britische Einmischung und das Bombardement durch die „Niobe“.

[Mormonen.] Aus Amerika sind vorgestern neunzehn Mormonen in Liverpool angelangt, welche sich auf einen Missionsfeldzug nach Deutschland und Schweden zu begeben gedenken, der achtzehn Monate dauern soll. Außerdem wandert eine nicht unbeträchtliche Anzahl nach Rom hinzu, um dort eine „anglicanische Bruderschaft“ zu begründen.

[Nordpol-Erforschung.] Wie das „Athenaeum“ erfährt, hat der Rath der Royal Society nach reislicher Überlegung beschlossen, der Petition der tönigl. geographischen Gesellschaft an die Regierung, in welcher der selben die Wichtigkeit der aus der Auslösung einer Nordpol-Expedition im Jahre 1874 zu ziehenden wissenschaftlichen Resultate an's Herz gelegt werden soll, offiziell beizutreten. Die „British Association“ hat für denselben Zweck ein Committee niedergelegt. Die den Waldfischhandel sowie die Interessen der gesammten fahrenden Bevölkerung der Weitläufige Schottlands repräsentirende Handlungs-Kammer von Dundee hat ebenfalls beschlossen, der Regierung eine Deputation zu überreichen, worin der praktische Werth der Resultate der Nordpol-Erforschung hervorgehoben werden soll.

Provinzial-Zeitung.

—n. Breslau, 14. November. [Der kath. Lehrerverein] hielt heute unter dem Vorjupe des Hauptlehrers Kühn im Café restaurant seine November-Sitzung. Die Versammlung war von ca. 40 Mitgliedern und 1 Gäste besucht. Nach Verlesung und Genehmigung des letzten Protolls wurde folgende Tagesordnung aufgestellt und genehmigt: Aufnahme neuer Mitglieder, Vortrag, Mittheilungen und Zahlung der Beiträge.

A. Durch Abstimmung mit zugelassen wurde als Mitglied des Vereins aufgenommen Herr Peiffer, Lehrer an der Pfarrschule zu St. Mauritius. B. Herr Rector Steuer ließ über das Thema: Ein Jahr Schulen-Inspector in Lothringen. — Am 1. Juni 1871 trat derselbe in Folge seiner Berufung der Reise von 160 Meilen an, nachdem ihm die Beförderung einer zweckentsprechenden Vertretung hierelbst viele Schwierigkeiten bereitet hatte. Der erste Tag führte ihn bis Leipzig (50 Meilen), der zweite bis Frankfurt a. M. (wieder 50 Meilen), der dritte bis Straßburg (30 Meilen), der vierte endlich über Metz nach seinem Bestimmungsort Thionville, deutsches Dierdorf (wieder 30 Meilen). Der Ort ist eine Festung von ca. 5—6000 Einwohner. Nachdem er hier mit Not ein bequemes Quartier erhalten, tritt er in seinen neuen Wirkungskreis ein. Lothringen, zwischen den Ardennen und den Vogesen gelegen, ist ein fruchtbare und freundliche Land. Berg und Thal wechseln stets miteinander ab. Getreide, Obst, Wein und Gemüse werden reichlich erzeugt, sowie auch Holz. Das Volk ist gegen Deutsche sehr zurückhaltend und glaubt nicht, daß ihre Stätte eine bleibende hier sein werde. Obgleich der Franzose im Allgemeinen ein Freund des Luxus ist, so trägt er doch durch seine gewöhnliche Kleidung, die blaue Bluse, in welcher der Arme die Waffe wie der Bemitlete er scheint, eine gewisse Einsamkeit resp. Neigung zur Bequemlichkeit zur Schau. Die Dörfer, wie kleine Städte dagegen, imponieren durch ihre Kirchen und palaisähnlichen Schulhäuser. Der Gottesdienst beginnt Sonntags um 9 Uhr mit einer kurzen Predigt. Alle Annahmen werden nicht von der Kanzel herab verlesen, sondern sind aufgeschrieben und an den Kirchenporten angebracht. Gebetbücher werden wenig bemerkt, der Franzose steht, weil die Bänke fehlen, mit untergeschlagenen Armen da und verrichtet sein Gebet. Ministranten sind in großer Anzahl vorhanden und der Klingelbeutel wird in ganz abweichender Art und Weise behandelt. Orgeln fehlen meist, statt ihrer bedient man sich eines Harmoniums. Die ganze Gemeinde singt im Canticus firmus die Hauptthälen der Messe lateinisch mit. Instrumental-Musik wird nicht gemacht. — Was die Ausstattung der Schulen mit Lehrmitteln betrifft, so läßt dieselbe kaum etwas zu wünschen übrig. Die innere Organisation anlangend, so findet man zuweilen nur Schulen mit getrennten Geschlechtern. Im Allgemeinen leisten Mädchen Schulen (unter den Schulweibern) mehr, als die Knaben Schulen. Weibliche Lehrerinnen gibt es nur wenige. Die materielle Stellung der Lehrer und namentlich der Lehrerinnen läßt Manches zu wünschen übrig; selbst die Geistlichen sind in dieser Hinsicht nicht sonderlich geftellt. Die Schule ist unabhängig von der Kirche und der Maire des Ortes ist der jedesmalige erste Vorstand. Die Leitungen stehen denen unserer Schulen bedeutend nach. Religions-Unterricht ertheilt der Geistliche außerhalb der Schulfunden: Lesen: das Deutsche schlecht. Dribographie: im Französischen recht gut. Schönreihen: vorzüglich. Zeichnen: in den gehobenen Schulen ebenfalls sehr schöne Leistungen, in den gewöhnlichen Volksschulen dagegen wird gar nicht gezeichnet. Rechnen: hier geht es über die 4 Species nicht hinaus und gewisse Rechenworte sind ganz unbekannt. Die geübten Brüder werden nicht gelehrt, nur die Decimalbrüder. Formelrechnen: wird nicht vorgenommen. In den Realien wird sehr wenig geleistet. Geographie: Kenntnis der Karte von Frankreich, der von Europa höchst mangelhaft. Geschichte: hierin wird nichts gelehrt. Naturgeschichte und Naturlehre: werden kaum gelehrt. Auch im Gejangle wird nicht viel gethan; er wird durch Vorlesung gelehrt, die Violine ist nicht gebräuchlich; meist einstimmiger Gesang. Turnunterricht findet nicht statt und der Handarbeitsunterricht wird von den Schulweibern gegeben. Diese Wahrnehmungen magte der Vortragende damals als Schulinspector; jetzt meinte derselbe, würde wohl selbstverständlich Vieles anders geworden sein. — Anfang März des folgenden Jahres trat College Steuer seine Rückreise an und freute sich innig, als er den Elisabethurm von Breslau wieder antrat. Der Vortrag wurde von der Versammlung mit vielem Interesse entgegen genommen.

C. Der Vorstehende teilte darauf mit, daß von den 12 Thalern, welche der Magistrat zum Besten der Vereinsbibliothek giebt, noch 2 Thlr. 10 Sgr. übrig sind, und fragt, wie über diese verfügt werden solle. Es wird beschlossen, dieselben zu depozieren und mit dem nächsten Beitrage der hohen Behörde zu vereinigen. — Die Zeitschriften sollen im Quartalgebäude gebunden und dem Rector Matthes zur Aufführung übergeben werden. — Rector Müller stellt den Antrag: die Armentdirektion zu erneuern, die für arme Kinder bestimmten Weihnachtsgaben nicht während, sondern im Schulinteresse außerhalb der Schulfunden auszuteilen. Der Antrag wird da modifiziert, daß das betreffende Gefüch nicht an die Armentdirektion, sondern an den Magistrat gerichtet werden soll. — Schließlich ergreift Coll Hoffmann das Wort und dankt dem Rector Keihl, der als commiss. Schulinspector nach Grottau berufen ist, für die ausgezeichnete Mühehaltung, die derselbe als Schriftführer dem Vereine gewidmet hat. Die Versammlung stimmt diesem Dante bei und giebt ihn durch Erheben von den Plänen zu erkennen. Herr Keihl verspricht geruht, Mitglied des Vereines zu bleiben und, wenn es die Umstände gestatten, dem kommenden Stiftungs-feste beizutreten. Darauf wurde die Sitzung aufgehoben, die meisten Mitglieder aber blieben noch ein Stündchen im vertraulichen Beisammensein.

+ Saarau, im November. [Johanniter-Krankenhaus.] Im zweiten Jahre seines Bestehens, nämlich in dem Zeitraum vom 1. November 1872 bis dahin 1873, wurden in das hiesige Johanniter-Krankenhaus 116 Kranken aufgenommen. Aus dem Vorjahr verblieben 8 in Behandlung, so daß die Summe der Verpflegten 124 beträgt. Von diesen sind 71 Männer 26 Frauen und 27 Kinder, von den neu aufgenommenen, 77 evangelisch und 3 katholisch. Entlassen wurden 110 und zwar starben 16 (6 Männer, 3 Frauen, 2 Kinder),

haus die ansehnliche Erweiterung des Gartens um die Fläche eines halben Hectaren, an deren Umgestaltung zu Gartenland gegenwärtig gearbeitet wird.

O Trebnitz, 17. November. [Stadtverordneten-Wahl] Bei der heutigen statigenfundenen Wahl von 10 Stadtverordneten waren 3 für die dritte, 2 für die zweite und 5 für die erste Abtheilung zu wählen. In der 1. Abtheilung wurden wieder gewählt die Herren: Sanitätsrath Dr. Lesser und Kaufmann Hiller; neugewählt: Rechtsanwalt Beliz, Mühlenerbürger Rusche und Gerbereibürger Winger. Die 2. Abtheilung wählte wieder die Herren: Julius Knie und Schuhmachermeister Dressler. In der 3. Abtheilung wurden neu gewählt die Herren: Hoffmann, Kaufmann Heinrich Urban und Kaufmann Sach. Die Bevölkerung an der Wahl selbst war eine weit regere als sonst jemal in der dritten Abtheilung, doch konnte von einem "Wahlkampfe" keine Rede sein. Es ging so zu sagen glatt ab. Sämtliche Gewählte, vielleicht bis auf 2, gehören der liberalen Partei an.

r. Namslau, 17. November. [Vorschuss-Verein. — Garrisonstall.] In Folge der allgemeinen und stetigen Erhöhung des Bank resp. Discont-Zinsfußes hat es der hiesige Vorschuss-Verein „eingetragene Gesellschaft“, für nothwendig erachtet, dieser Bewegung zu folgen und den Zinsfuß für Credite jeder Art vom 1. d. M. ab auf 8 pCt. zu erhöhen. — Schon seit Jahresfrist befindet sich der Garrisonstall auf dem hiesigen Schloßplatz in einem so schlechten Bauzustande und gewährt für die darin unterzubringenden Pferde so unzureichenden Raum, daß entweder ein umfassender Reparatur- und Erweiterungsbau oder ein Neubau sobald als möglich und unter allen Umständen in Angriff genommen werden muß. Nachdem über das Eine oder über das Andere schon wiederholt die verschiedenartigsten Ansichten zu Tage getreten und von dem Stadtverordneten- und dem Magistrats-Collegium bereits mehrfache von einander abweichende Schlüsse gefaßt worden sind, hat man sich in Berücksichtigung, daß der Reparatur- und Erweiterungsbau ebenfalls sehr kostspielig werden und doch immer nur ein Niederkwerf bleiben würde, endlich für den Neubau eines Garrisonstalles entschieden und nach einem der Stadtverordneten-Versammlung vorgelegten Kostenanschlag sollte hierzu ein Bauplatz von noch nicht ganz 4000 Thlr. erforderlich sein. Dieser Kostenanschlag ist jedoch von dem hierüber gehörten Sachverständigen Maurermeister Kirchner stark bemängelt und unter Hervorhebung des Umstandes, daß die Preise für Bauholz und Bretter um das Doppelte gestiegen und auch die Arbeitslöhne sich bedeutend erhöht haben, ist von diesem die jedenfalls sehr zutreffende Behauptung aufgestellt worden, daß der auf 53 Pferde zu berechnende Neubau des Garrisonstalles einen Kostenaufwand von 8—9000 Thlr. erforderlich würde. Da dem Bauprojekte auch technische Bedenken entgegen gestellt wurden, so hat man sich auch in der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung noch nicht einzigen können, sondern eine Commission gewählt, die hierüber an Ort und Stelle Bericht erheben soll. Darüber scheinen dagegen Magistrat und Stadtverordnete einig zu sein, daß der neue Garrisonstall auf dem Schloßplatz vor der alten Garrisonstall steht, also gerade gegenüber der evangelischen Kirche erbaut werden soll. Aber auch gegen die Benutzung des alten Bauplatzes und die Hinzunahme eines Stückes vom Schloßplatz hat Maurermeister Kirchner sehr begründete Einwendungen erhoben und in einer an die Stadtverordneten übergebenen Eingabe darauf hingewiesen, daß nach § 43 des Baurechts und der Baupolizei-Ordnung für Städte „die Anlegung von Ställen nach der Strafenseite zu nicht gestattet ist“ und nach § 78 Tit. VIII. des A. L. R. die Strafen und öffentlichen Plätze nicht vereinigt, verunreinigt oder sonst verunstaltet werden dürfen, was aber geschehen würde, wenn der Bau des Pferdestalls in der projectirten Art zu Stande käme, da die Strafseitenfront füglich nicht ohne Verstümmelungen angelegt werden könnte. Außerdem steht dem Schloßplatz vis à vis die evangelische Kirche und sei schon dieserhalb der Neubau eines Pferdestalls auf dem Schloßplatz nicht zu billigen u. s. w. Abgesehen davon, daß zwischen dem Schloßplatz und der evangelischen Kirche eine Hauptstraße (Chausseestraße) liegt, müßten die Väter der Stadt doch wohl das Unschöne und Ungehörige herausführen, einer Kirche gegenüber einen Pferdestall zu erbauen, und wenn man trotz dessen an diesem Bauplatze etwa festhalten und wirklich durch die Ausführung dieses Neubaues die seit einigen Jahren sich immer mehr verschönernde Stadt Namslau für ewige Zeiten verunzieren wollte, so möchte die evangelische Kirchenbehörde doch wohl die dringendste Veranlassung haben, alsbald bei der königl. Regierung gegen diese Verunglimpfung feierlicher Protest einzulegen. Mag der Platz für den Neubau des Garrisonstalles anderweitig, gleichviel, ob innerhalb oder außerhalb der Stadt gesucht werden, — auf dem Schloßplatz, gegenüber einem Gotteshause, darf er aber niemals gefunden werden.

o Kattowitz, 17. Novbr. [Bürgerversammlung. — Saison. — Schulinspektion.] Obgleich hierorts ein Bürgerverein nicht besteht, so wird doch zu geeigneter Zeit das kommunale Interesse der Bürger wach gerufen. So wurde gestern behufs Vorwahl zur Stadtverordneten-Erlaß- und Ergänzungswahl eine Bürgerversammlung constituit. Den Vorzug führt Herr Sanitätsrath Dr. Holze. Die Versammlung beliebte Wiederwahl der Altwährenden und die nötigen neuen liberalen Persönlichkeiten vorzuschlagen. Bedauerlich ist, daß sich die Bürger nicht rechtzeitig um die ausgelegte Bürgersliste gekümmert haben, es hätten dann die auffallenden Mängel der selben behoben werden können und es wären Bürger, die schon Jahrelang hierorts sind, ihres Wahlrechtes nicht verlustig geworden. — Die verschiedenen Vereine haben nunmehr die Wintervergnügungen eröffnet, es darf wirklich nicht Klage geführt werden, daß Mangel daran sei. — Die hiesigen Kohlengeschäfte geben keineswegs matt, höchstens hört man hier und da klagen, daß die Gelder nicht so präcis eingehen wie sonst. — Der hiesige Schulinspektionskreis faßt den ganzen politischen Kattowitzer und die nächstliegende Hälften des Plesser Kreises in sich. Es ist demselben auch die hiesige jüdische Stadtschule unterstellt worden. Herr Kreisschulen-Inspector Kuznik hat gleichzeitig die Total-Schulinspektion hierfür sat. Stadtschule, deren 11 Lehrer jüngst in Folge Anregung des Genannten einen pädagogischen Verein gründeten, aus welchem voraussichtlich mit Zusicherung der evangelischen und jüdischen Lehrer ein confessionsloser Lehrer-Verein entstehen dürfte, wozu schon mehrfache Anregung verübt worden ist.

o Tarnowitz, 17. Nov. [Bur Tagesschrodit.] Vergangenen Sonnabend hielt der Kreistag seine zweite Sitzung im hiesigen Theatersaal. Dasselbe wurde der Bau eines Kreishauses definitiv beschlossen, und da nur ein geeigneter Bauplatz zu demselben im Innern der Stadt sich findet, für welchen der Besitzer (Stadtverordneter Josef Fleischer) ein ungerechtfertigtes Kaufgeld verlangt, so hat Herr Graf Hugo Henckel von Donnersmarck auf Ratlos einen Bauplatz außerhalb der Stadt unentgeltlich offeriert. — Gestern Abend 8 Uhr 8 Min. passierte Se. königl. Hoheit der Kronprinz unseres Bahnhof. — Von dem 10 Uhr 32 Min. Borm. hier eintreffenden Personenzug aus Breslau wurde heut ein Maschinenpuker, der auf dem Geleise stürzte, derartig verletzt, daß ihm der linke Arm von den Rädern ganz losgetrennt und das linke Bein stark beschädigt wurde.

+ Pleß, 16. November. [Die Ultramontaneu.] Wie wir nachträglich erfahren, ist die ultramontane Partei erst in der zwölften Stunde auf den Abgeordneten-Kreisrichter Gornig von hier gekommen, nachdem der bisherige Abgeordnete, Herr Kreisgerichts-Director Oberhard die Erklärung mit der Centrumspartei zu stimmen, abgelehnt hatte. Wir wollen sehen, ob dem Herrn Abgeordneten Gornig, welchem nun nichts übrig bleibt, als mit den Ultramontanen durch Dick und Dünn zu gehen, dieser Weg nicht doch beschwerlicher werden wird, als er geglaubt hat. — Was an vielen anderen Orten bereits eine abgemachte Sache ist, wird nun bezüglich der Schulschwestern auch hier geschehen. Ihre Thätigkeit hört zu Ostern f. J. auf und an ihre Stelle treten geprüfte Lehrerinnen.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 18. November. Die Börse hängt mit Zähigkeit an der von ihr seit etwa einer Woche introduzierten Festigkeit und es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob die Art der Erinnerung den Kreis der zur Hande sich Befehlenden naßhalt erweiterte und die Widerstreitenden sich auf den Standpunkt passiver Neutralität zurückzogen. Allerdings sind es immer wieder hauptsächlich die Spekulationsspekulationen, welche dem Verkehr die geißelhafte Färbung geben, es ist jedoch nicht zu leugnen, daß freundlicher Streitlichkeit bei dieser Gelegenheit auch auf andere Werthe fallen. Zur Beruhigung mag es auch beitragen, daß der heute veröffentlichte Bankstatut nicht weniger als eine besondere Finanzspruchnahme, der Hilfsmittel der Bank aufweist und die Deutung zuläßt, daß ein Steigen des Discontosatzes für die nächste Zeit kaum zu befürchten sei. Die vielleicht nicht unberechtigte Annahme, daß geschäftliche Stockungen ein Anwachsen des Portefeuilles und des Lombardvertrags behindert haben könnten, findet an der Börse keine Vertretung. Wir möchten jedoch bemerken, dass die stärkere Haussstromung sich gegen das Ende hin wieder zum Theil derartig verlor, daß von den Consolabancen der Spekulationspapiere nicht allzuviel übrig blieb. Der allgemeinen Stimmung folgend, waren die Spekulationsspekulationen nicht sehr fest, sondern auch im Course nicht unbedeutend höher. In dieser Richtung gingen Franzosen, die auf Pariser Ordres sehr lebhaft gelaufen waren, den übrigen voran. Franzosen mit einer Advance von über 2 Thlr. gegen die gestrigen Schlus-

Notirungen und zogen auch im Verlaufe des Geschäftes um weitere 3 bis 4 Thlr. an. Lombarden blieben dagegen bei möglichster Steigerung fast ganz vernachlässigt. Österreicher Creditationen gingen ziemlich rege und steigend, verfielen aber zuletzt dem schon erwähnten Rückschlag. Auch für österreichische Nebenbahnen war die Tendenz sehr fest, der Umsatz in diesen Werthen zeigte sich aber beschränkt, nur Elisabeth-, Rudolfsbahn und Böhmisches belebter, Galizier und öster. Nordwestbahn gut behauptet. Auswärtige Bonds waren meist auf Deckungen steigend, nur Italiener und französische Rente blieben unverändert. Im Allgemeinen gewann das Geschäft aber nur sehr geringe Ausdehnung. Oester. Rente steigend, Türk. anmir, Amerikaner in ruhigem Verkehr, russische Bonds sehr fest, von Pfund-Anleihen 72er und 71er, sowie Bahnen in gutem Verkehr. Preuß. Bonds zeigten eine recht seite Physiognomie, behaupteten aber in Folge des sehr geringen Umsatzes nur die gestrigen Notirungen. Deutsche Bonds ziemlich belebt, namentlich Kölner Brämen-Antheile beachtet. Prioritäten waren im Allgemeinen recht fest, von Preußischen waren 4proc. beliebt, von Österreich Prioritäten zeigten sich garantirte ungarische begehr. Russische blieben ruhig und still. Auf dem Eisenbahn-Aktien-Märkte herrschte eine sehr leise Tendenz, auch ließ der Verkehr nicht alle Regsamkeit vermischen. Nicht nur zogen die Rheinisch-Westfälischen Speculations-Devisen im Course an, sondern es erstreckte sich auch lebhafte Nachfrage auf junge Potsdamer und 40proc. Antalter. (Die in Aussicht gestellte Tarifverhöhung mag das Interesse für Bahnen wieder mehr geweckt haben.) Leichte Bahnen sehr fest, zum Theil etwas anziehend, doch ohne regeren Verkehr, nur Litticher und Næbahn traten etwas hervor, auch auf Brämen war der Begehr nicht nennenswerth. Die von der Börse bevorzugten Bankpapiere, wie Disconto, Darmstädter erfreuten sich auch heute voller Theilnahme; ihr Cours stellte sich abermals höher während bei der Mebrzahl der Banken bei stillen Geschäft kein wesentliche Veränderung in der Notiz hervortrat; die rheinischen Devisen zeigten sich eher schwächer, für die beiden Mecklenburger Hypothekeninstitute, Wechselstuben und Wrede Sprit zeigte sich Interesse. (Bank- u. H.-Z.)

— ch. Görlitz, 17. November. [Die Generalversammlung der Actien-Gesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnmateriale] Vorläufig — und hat grohe neue Aufschüsse nicht gebracht. Was man sich hier seit dem Uebergange der Fabrik an eine Actien-Gesellschaft leise und laut gesagt, und was die hiesigen Besitzer von Lüders'schen Actien bewogen hatte, sich bald ihrer Actien über Parie zu entäufern, hat in dem Berichte der Untersuchungs-Commission seine Bestätigung gefunden. Es ist eine Wiederholung des alten Satzes, daß jemand ein sehr tüchtiger Techniker, ein sehr brauchbarer Beamter und doch ein sehr unfähiger Kaufmann sein kann. Darauf läuft nämlich das Resultat der anscheinend mit großer Sorgfalt angestellten Ermittelungen hinaus: es ist danach ohne eine Ahnung von kaufmännischen Grundsätzen in der Fabrik gewirthschaftet worden. Die Commission hat festgestellt, daß zu einer Zeit, wo große Lieferungen abgeschlossen waren, eine rechtzeitige Deckung der Materialien, obwohl stark steigende Conjecturen stattfanden, nicht erfolgt ist, und daß später, wahrscheinlich um das Verjämme wetzmachen, zu den höchsten Preisen enorme Massen von Material angekauft sind, die noch heute keine Verwendung gefunden haben. Sie hat sogar festgestellt, daß bei den Lieferungsabschlüssen für 1871 und 1872 in vielen Fällen gar keine Calculation vorher gemacht worden ist, obwohl die Herstellungskosten sehr bedeutend gestiegen waren, und daß, wo überhaupt eine Calculation zu Grunde gelegt wurde, die Preise der Vorjahre angenommen sind. Unter diesen Verhältnissen ist es kein Wunder, wenn der scheinbar erzielte Nutzen immer wieder verschlungen und bei manchen Lieferungen mit positivem Schaden gearbeitet ist. Es erschien deshalb auch den meisten Actionären vollständig gerechtfertigt, daß der Vermögensverlust auf Grund dieses Berichtes die vorläufige Suspension des Directors Sammann von der Leitung der Fabrik angeordnet hatte, die noch heute fortduert und voraussichtlich mit dem völligen Rücktritte des Herrn Sammann von der Direction enden wird, da derselbe trotz der Aussforderung des Aufsichtsraths, ihm eine Widerlegung des ihm in Abdruck zugegangenen Berichts zugehen zu lassen, eben in der Generalversammlung zur Widerlegung-derselben zu erscheinen, eine Widerlegung nicht für nothwendig erachtet. Das von Seiten einiger Actionäre, welche ihre Actien zu hohen Coursen erworben haben, bittere Klagen über den früheren Verwaltungsrath laufen würden, der den Mangel an kaufmännischer Leitung doch auch erkannt haben müsse, ohne jedoch die im Interesse des Unternehmens dringend gebotenen Schritte zu thun, war nicht zu verwundern. Indes ist der frühere Aufsichtsrath bei seiner eigentlichsten Zusammensetzung, die eine Überwachung des Geschäfts durch den Verwaltungsrath fast unmöglich mache, nicht so schwer zu tadeln, als die Actionäre, welche sich nicht um ihre Interessen kümmerten. Die gegenwärtige Lage der Fabrik wird verschoben beurtheilt, während von einer Seite die Überzeugung ausgesprochen wurde, daß im jetzigen Geschäftsjahre bisher bereits 130.000 Thlr. verdient worden seien, war von anderer Seite von der Wahrscheinlichkeit einer Unterbilanz die Rede. Die Wahrheit wird wohl, wie gewöhnlich in der Mitte liegen, wenigstens ist aus den Berichten der Commission nicht zu erkennen, daß mit Ausnahme einer, wie es scheint, künftlichen Erhöhung des Grundstückscontos um noch nicht 7000 Thlr., also einer Bagatelle, gegenüber dem Actienkapital von 1 Million, eine zu hohe Aufnahme der Activa in der Bilanz erfolgt ist. Es wird nun lediglich davon abhängen, ob es gelingen wird, einen kaufmännisch tüchtigen Leiter an die Spitze des Geschäfts zu bringen. Im Wunsche der Actionäre liegt eine schleunige Regelung der Verhältnisse der Direction und die Generalversammlung sprach denn auch ausdrücklich das Ertragen aus, daß der Verwaltungsrath baldigst die Lösung des Vertrags mit Herrn S. auf gütlichem Wege herbeiführen möge. — Der Berlelung und Bezeichnung des Berichts war die Wahl von vier Mitgliedern des Verwaltungsraths an Stelle der ausgeschiedenen vier alten Mitgliedern vorausgegangen, nicht ohne daß die Rechtsgültigkeit dieser Ergänzungswahl, die statutärmäßig nur in einer ordentlichen Generalversammlung erfolgen könnte, bestritten worden wäre. Die Wahl fiel auf die vier cooptirten provisorischen Mitglieder des Verwaltungsraths.

Berlin, 17. November. [Berliner Bank.] In einer gestern stattgehabten Sitzung des Aufsichtsrathes der Berliner Bank wurde die in Anregung gebrachte Liquidation der Bank einer eingehenden Erörterung unterworfen, ein bezüglicher definitiver Beschluß indeß noch nicht gefaßt, der selbe vielmehr von der Erledigung einer eingehenden Prüfung der Geschäftslage abhängig gemacht.

[Frankfurter Wechslerbank.] In der Aufsichtsrathssitzung vom 14. d. ist beschlossen worden, die außerordentliche Generalversammlung auf den 11. December einzuberufen. Zur Vorlage kommt bekanntlich der Antrag des Verwaltungsrathes auf Liberirung der Actien.

[Berliner Producten Makler-Bank.] Das Grundcapital ist durch General-Versammlungs-Beschluß auf 1 Million Thaler herabgesetzt und die bezügliche Eintragung in das Handelsregister gemacht worden.

[Die Anglo-Deutsche Bank] hat in letzten Monaten viel von sich reden gemacht. Die Actionäre nahmen die Declaration des Aufsichtsraths der Bank, daß nur 7 pCt. des Actien-Capitals verloren gegangen, mit einem Zweifel auf. Die Actionäre sahen hierauf eine Vertrauens-Commission ein und diese hat mit dem Vorstande am 14. d. eine eingehende Besprechung gehabt. Das Resultat war, schreibt man der "B. u. H.-Ztg." aus Hamburg, daß die Lage der Bank besser ist, als man dies nach dem beharrlichen Schweigen der Bank glaubte annehmen zu dürfen. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird sogar noch eine kleine Dividende vertheilt werden können. Die Commission beruft in den nächsten Tagen eine außerordentliche General-Versammlung.

Berlin, 17. November. [Preußische Bodencredit-Actien-Bank.] Gestern und vorgestern haben zwei sehr bewegte Sitzungen des Curatoriums der Preußischen Bodencredit-Actien-Bank stattgefunden, die schließlich damit endeten, daß die von den beiden Directionsmitgliedern, Landrat a. D. Jacobmann und Aßfelder a. D. Lehmann, erbetene Entlastung denselben bewilligt wurde. Die Leitung des Instituts wird bis zur Neubesetzung der erledigten Directoren-Posten von dem Delegirten des Verwaltungsraths, Geh. Commerzienrat Stephan, fortgeführt und wird voraussichtlich, da Bewerbungen von sehr befähigter Seite bereits in Menge vorliegen, die Neubesetzung der Stellen bereits im December erfolgen. Es wurde außerdem in der Sitzung ein Jahr eingehender Bericht über die gegenwärtige Lage des Geschäfts vorgelegt, aus dem sich ergab, daß sich die Summe der noch vorhandenen Debett-Saldo's in den letzten Monaten abermals außerordentlich verringert hat, während die Bank, nachdem nunmehr auch das Guthaben der Preußischen Credit-Anstalt vollständig abgeführt ist, selber Verpflichtungen so gut wie überhaupt nicht mehr hat. Alle Schätzungen der möglichen Verluste sind mit einer so scrupulösen Sorgfalt vorgenommen worden, daß mit Bestimmtheit mehr eingenommen werden wird, als man annimmt; allein selbst wenn man die Schätzungen zur Norm nimmt und auch die Vertheilung einer Dividende von 4 pCt. für das laufende Jahr stipulirt, so würde immer noch, abgesehen von der vollständigen Intanterhaltung des Grundcapitals, ein Reservefond von 1 Million übrig bleiben. (B. B. Z.)

Berlin, 17. November. [Al. Paderstein'scher Bankverein.] In der

heute hier selbst abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Actionäre des Padersteinschen Bankvereins waren 1023 Stimmen, welche ein Actienkapital von 2,046.000 Thlr. repräsentierten, vertreten. Der Vorsitzende des Verwaltungsrathes Justizrat Simon theilte der Versammlung mit, daß nach einer Seitens der Direction aufgestellten Rohbilanz per ultimo October c. sich das Actienkapital vollständig intact befand, doch ferner nach den bis dahin erzielten Resultaten, wenn dieselben nicht noch durch unverberghaltene Verluste alterirt werden sollen, sich eine Verzinsung desselben mit 4% in Aussicht nehmen läßt, und daß daher die Lage des Unternehmens, mit Bezugnahme auf die jetzigen Zeitverhältnisse eine günstige genannt werden könne. Die Versammlung schritt hierauf zur Erledigung der Tagesordnung, auf welcher als einziger Gegenstand: Beschlusstafung über Liquidation der Gesellschaft stand. Bei der Abstimmung über den betreffenden Antrag wurden 834 Stimmen für und 189 Stimmen gegen denselben abgegeben; da nach dem Wortlaut der Statuten zwei Drittel der vertretenen Stimmen sich für diesen Antrag zu erklären haben, wenn er Gültigkeit erlangen soll, die für denselben eingetretene Stimmen aber mehr als nothwendig, die diesem Erfordernis entsprachen, so ist hier mit die Liquidation der Gesellschaft beschlossen. Zu Liquidatoren wurden die bisherigen Directoren erwählt und als Revisoren cooptirt der Verwaltungsrath die Herren Alwin Ball und Julius Alexander. Die Liquidation beginnt mit dem 1 December cr.

[Der Rückkauf eigener Actien] ist bekanntlich durch das Handelsgesetzbuch unterlagt. Trotz dieser ganz allgemein laufenden Bestimmung hat die Centralbank für Industrie und Handel eigene Actien befreit Reduzierung des Capitals zurückgefordert und durch die seither erfolgte Eintragung in das Handelsregister ist diese Verminderung des Actien-Capitals auch in gesetzlicher Form sanctionirt worden. Durch diesen Vorgang ist jedoch keineswegs die Bestimmung des Handelsgesetzbuches, welches den Rückkauf eigener Actien untersagt, aufgehoben, der Vorstand der Gesellschaft stand. Trotz dieser Bestimmung den Rückkauf vornahm, ist vielmehr hierfür den Gesellschaftsgeklagten ungeachtet der erfolgten Eintragung persönlich verantwortlich. Eine Änderung der Bestimmung des Handelsgesetzbuches kann nur auf gesetzlichem Wege erfolgen, und dieser Weg wird gegenwärtig in Österreich eingeschlagen. Der dem Reichsrath von der Regierung vorgelegte "Gesetzentwurf betreffend die Actiengesellschaften" enthält über die Erwerbung von eigenen Actien folgende Bestimmungen:

"Die Actiengesellschaft darf eigene Actien oder Actienanteile (Promessen, Interimscheine) nicht erwerben oder als Pfand annehmen. Von diesem Verbote findet eine Ausnahme statt: 1) Wenn und insofern eine solche Erwerbung nach dem Gesellschaftsvertrag zum Behufe einer theilweisen oder gänzlichen Tilgung des Grundcapitals vollzogen wird; 2) wenn und insofern dieselbe im Executionswege zur Bereinigung eigener Forderungen der Gesellschaft erfolgt; 3) wenn und insofern dieselbe mit dem Betriebe eines zum Gegenstande des Unternehmens gehörigen Wechslergeschäftes verbunden ist. In den Fällen 2 und 3 müssen die erworbenen Actien oder Actienanteile (Promessen, Interimscheine) mit thümlicher Beschleunigung weiter veräußert werden."

[Amsterdam Bank.] Nach einer Notiz des "Allg. Anz." in Köln hat der Aufsichtsrath in seiner jüngsten Sitzung den Rückkauf von 1.500.000 fl. eigener Actien beschlossen.

[Bestimmung über die Hundesförderung auf den Eisenbahnen.] Zur Vermeidung der vielen eingelaufenen Beschwerden über Mißhandlung, resp. Vernachlässigung der Hunde auf der Reise per Bahn ist vom Handelsminister jüngst angeordnet worden, daß kleine Schokohunde in das Coups mitgenommen werden dürfen, falls von Seiten der Mitreisenden kein directer Widerspruch dagegen erhoben wird. Solche Hunde gehen gebührenfrei. Für größere Hunde wird ein eigenes sog. Hundecoupe, welches geräumig und in einzelnen Sälen eingetheilt sein muß, errichtet und haben die Stationsvorställe streng darauf zu achten, daß die Thiere hinlänglich Lust und Wasser haben.

Hamburg, 18. November. [Kaffee.] Nach Berichten, welche der hiesigen "Börsehalle" aus Rio de Janeiro vom 29. October pr. Dampfer "Araucania" zugegangen sind, betrugen seit dem 23. October die Abladungen von Kaffee nach dem Kanal und der Elbe 2400, nach Havre, engl. Häfen, Belgien, Holland, Bremen —, nach der Ostsee, Schweden, Norwegen, Kopenhagen —, nach Gibraltar und dem Mittelmeer 7000, nach Nord-Amerika 23.600 Sad. Vorrah. auf Kaffee in Rio 275.000, tägliche Durchschnittszahl 6600 Sad. Preis für good first nominell. Tours auf London

